

# i Fijáte !

Nachrichten •

Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 247

31. Okt. 2001

8. Jahrgang

## Düstere Aussichten für die Wirtschaft

Der folgende Artikel ist eine Zusammenfassung der politischen Ereignisse der letzten Wochen in Guatemala. Er versucht, ein Bild über die sich drastisch verschlechternde sozioökonomische Situation zu geben. Diese ist schon seit Anfang der Regierungszeit von Präsident Portillo prekär, durch die 'aktuelle Weltlage' spitzt sie sich zu. Diese jedoch als Ursache aller Probleme und als Ausrede für militärische Aufrüstung und Kürzung der Sozialausgaben heranzuziehen, wie das die Regierung Portillo derzeit macht, ist aber doch etwas zu vereinfacht.

Anfang Oktober beantragte der guatemaltekeische Verteidigungsminister, Eduardo Arévalo Lacs, eine Budgeterhöhung für das Jahr 2002 von rund 110 Mio. US-\$ auf insgesamt 150 Mio. US-\$. Begründet wurde dieser Antrag damit, dass die Ausrüstung der Soldaten der Luft-, Wasser- und Bodentruppen nach dem 36 Jahre dauernden internen Konflikt in einem schlechten Zustand ist. Guatemala bestätigte seine Solidarität mit den Vereinigten Staaten auch nach Beginn der Bombardierungen in Afghanistan und stellte der US-Army 30 Soldaten ihrer Spezialtruppe *Kaibiles* zur Verfügung.

Zwei Wochen zuvor informierte Präsident Portillo über einen möglichen Zusammenschluss von drei Sozialfonds: des sozialen Investitionsfonds (FIS), des Friedensfonds (FONAPAZ) und des Solidaritätsfonds. Die Begründung dafür ist, die drei Fonds würden doppelte Arbeit leisten und das Problem nur oberflächlich und nicht an der Wurzel bekämpfen. Ein Zusammenschluss der drei Fonds ginge einher mit einer Reduktion des Sozialbudgets.

Etwa zeitgleich beantragte Finanzminister Eduardo Weymann beim Kongress die Ausgabe von staatlichen Wertpapieren in der Höhe von 163 Mio. US-\$. Damit soll die finanzielle Situation des Staates verbessert werden. Im Moment können die Gehälter seiner Angestellten nicht bezahlt und bereits begonnene öffentliche Bauten nicht ausgeführt werden.

Bereits bei früheren Gelegenheiten erwähnte Weymann, dass im Erziehungs- und Verkehrs- und Kommunikationsministerium keine Gehälter bezahlt werden könnten. Auch das Erziehungsministerium, die Staatsanwaltschaft und der staatliche Menschenrechtsprokurator mussten mangels finanzieller Mittel ihre Aktivitäten einschränken. Ende August betrug die öffentliche Schuld rund 275 Mio. US-\$. Mit einer erneuten Ausgabe von staatlichen Wertpapieren nähme das finanzielle Ungleichgewicht noch zu. Da die geplanten Mechanismen zur Eintreibung von Steuergeldern nicht griffen und der Wirtschaftsrückgang und die Verzögerung der Auszahlung von Geldern aus dem Ausland nicht berücksichtigt wurden, bekam die Regierung Liquiditätsprobleme. Präsident Portillo erklärte eine staatliche Wirtschaftskrise.

Trotzdem lehnte die Regierungspartei FRG den Vorschlag von Weymann ab und präsentierte eine neue Idee, um die Wirtschaft wieder zu beleben: Der Plan heisst

"Schaufel, Pickel und Spaten", richtet sich an die LandarbeiterInnen und hat Züge, die stark an die aufstandsbekämpfenden Methoden vergangener Zeiten erinnern. Anstatt in private Unternehmen zu investieren und diese mit der Ausführung von staatlichen Aufgaben (Bauten und Instandhaltung) zu beauftragen, will die Regierung selber zur Arbeitgeberin werden und Leute zum Minimallohn anstellen. Damit hat die Regierung auch die Entscheidungsmacht darüber, wer Arbeit bekommt und wer nicht, für wie lange und unter welchen Bedingungen.

Derweil nimmt die Arbeitslosigkeit zu. Rund 100'000 guatemaltekeische BäuerInnen haben durch die Kaffeekrise ihre Arbeit verloren. Die Migration in die Kaffeepflanzungen nach Chiapas bietet keine Lösung, da dort das selbe Problem besteht. Die Zuckerindustrie kann die Arbeitskräfte nicht aufnehmen, zeichnet sich doch dort ein ähnliches Problem ab. Es wird damit gerechnet, dass der Zuckerpreis bis Mitte des kommenden Jahres von heute 6.44 US-\$ auf 6.12 US-\$ pro 50 Kilo sinken wird. Zucker ist nach dem Kaffee das zweitwichtigste Exportprodukt Guatemalas. Ein weiteres Produkt, dessen Export durch die aktuelle Situation beeinträchtigt wird, ist der Kardamom: Die Transportkosten für dieses vor allem in den Mittleren Osten exportierten Produkts stiegen um 1 US-Cent pro Kilo. Dies als eine Art Versicherung für die Schiffahrtsgesellschaften, deren Risiko durch den Krieg gegen Afghanistan gestiegen ist.

Auch die Tourismusbranche hat seit dem 11. September und durch den Beginn des Krieges gegen Afghanistan eine Einbusse von rund 60% erlitten. Die allgemeine Unsicherheit hat zur Folge, dass auch TouristInnen aus Europa ausbleiben, da sie den Umweg über die Vereinigten Staaten scheuen. Ebenso ist die Nachfrage nach in den Maquila produzierten Textilien zurückgegangen. Tatsache ist, dass die guatemaltekeische Industrie nicht über die Reserven verfügt, eine Wirtschaftskrise aufzufangen, bzw. abzdämpfen. Vom UnternehmerInnenverband CACIF wurde denn auch sofort ein Steuererlass für Unternehmen und die Reduktion der öffentlichen Ausgaben gefordert. Für die nächsten Monate wird die Entlassung von mehreren tausend ArbeiterInnen erwartet sowie die Schliessung vie-

ler Unternehmen.

Zu dieser Situation kommt die diesjährige, ausgeprägte Trockenzeit und der Verlust vieler Ernten hinzu, was zu einer Lebensmittelknappheit und zu Hunger führt. Auch die 'remesas', die Geldsendungen von in den Vereinigten Staaten lebenden GuatemaltekinInnen sind zurückgegangen. Viele LateinamerikanerInnen haben nach den Anschlägen vom 11. September ihre Arbeit verloren.

Doch Achtung: Als ein sogenanntes Drittweltland ist Guatemala zwar anfällig für die wirtschaftlich negativen Auswirkungen, die durch die Globalisierung entstehen. Zweifellos ist die guatemalteki-sche Wirtschaft abhängig vom Weltmarkt, vom Tourismus und von internationalen Finanzinstituten. Es wäre aber zu einfach,

die aktuelle Situation einzig als eine Konsequenz der weltweiten Krise zu bezeichnen und somit in das momentan beliebte Schema zu verfallen, die Bösen bzw. Schuldigen anderswo zu suchen.

Im Fall von Guatemala sind die Ursachen der ökonomischen Krise auch im Fehlen einer Wirtschaftspolitik mit längerfristiger Perspektive zu suchen, im Mangel an Transparenz bei den öffentlichen Finanzen, in der Korruption und im Fehlen eines funktionierenden Justizsystem sowie eines Rechtsstaates.

Zu dieser Einsicht scheint auch die aus den Geberländer zusammengesetzte Konsultivgruppe gekommen zu sein, deren auf den 27. November angesetzt Treffen nun bereits zum dritten Mal verschoben wird. Als

Grund dafür werden neben der internationalen Krise die nicht erfüllten Voraussetzungen durch die guatemalteki-sche Regierung genannt. Zu diesen Bedingungen gehört die schrittweise Umsetzung der Friedensabkommen, u.a. eine Steuerreform und die Bekämpfung der Korruption.

Das erneute Verschieben des Treffens kann für die guatemalteki-sche Regierung fatale Folgen haben, rechnet sie doch für ihr Haushaltsbudget 2002 fest mit Geldern der internationalen Gemeinschaft. Für die Zivilgesellschaft jedoch könnte es eine Chance sein, die 'gewonnene' Zeit zu nutzen, um ihre Position zu stärken und gemeinsame Forderungen gegenüber der Regierung und der Konsultivgruppe zu formulieren (siehe ¡Fijáte! 244).

## Brief an Kofi Annan

**Guatemala, 8. Okt.** Rigoberta Menchú und zwei weitere FriedensnobelpreisträgerInnen fordern in einem an den Generalsekretär der UNO, Kofi Annan, gerichteten Brief die sofortige Einstellung aller gegen Afghanistan gerichteter militärischer Aktionen:

Sehr geehrter Generalsekretär,

Die FriedensnobelpreisträgerInnen, die diesen Brief unterzeichnen, sind nach New York gekommen, um unsere Ablehnung gegenüber den gestern begonnenen militärischen Aktionen auszudrücken. Diese Angriffe sind als Vergeltungsschläge für die Attentate vom 11. September zu verstehen. Wir überreichen Ihnen ein Schreiben, in dem wir die Meinung von acht weiteren FriedensnobelpreisträgerInnen ausdrücken und betonen, dass Gewalt nicht mit Gegengewalt bekämpft werden kann. Wir fordern die hier versammelte Generalversammlung der Vereinten Nationen auf, weiteres Leiden zu vermeiden und einen Frieden zu garantieren, der auf Gerechtigkeit und Freiheit baut und der die internationale Rechtsordnung achtet.

Gleichzeitig möchten wir unseren Schmerz und unsere Solidarität mit den Opfern der Tragödie, mit ihren Familienangehörigen und dem US-amerikanischen Volk ausdrücken. Wir verurteilen den Terrorismus in all seinen Formen und zu allen Zeiten. Wir verurteilen aber auch die Doppelmoral, mit der die militärischen Schläge von sogenannten humanitären Opera-

tionen begleitet werden. Sie hinterlassen Tausende obdachlose afghanischen Männer, Frauen und Kinder. Die humanitäre Katastrophe spitzt sich zu, ohne dass die Ursachen des Konfliktes behoben werden. Wir rufen auf, die Gerechtigkeit zu suchen und nicht Rache.

Die Attentate in den USA haben gezeigt, wie notwendig die Schaffung eines internationalen Gerichts ist, um die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen und den Opfern Gerechtigkeit und Wiedergutmachung zukommen zu lassen. Mit dem Ziel, solche im Namen der Freiheit und im Schatten der Straflosigkeit begangene Verbrechen zu verhindern, rufen wir dazu auf, die universelle Rechtsprechung zu stärken und so schnell wie möglich einen Internationalen Gerichtshof einzurichten.

Die jüngsten Ereignisse fordern globale Lösungen für die bestehenden Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten, welche Verzweiflung und Impotenz nähren und täglich Tausende von Leben kosten. Es muss ein Kampf geführt werden gegen die lautlose Bombe des Hungers, der Armut und des sozialen Ausschlusses, denen heute die Mehrheit der Völker ausgesetzt sind und die ein Abbild der strukturellen politischen und wirtschaftlichen Ungerechtigkeiten sind.

Keine Land und keine Allianz darf unilateral kriegerische Aktionen beginnen, die ausserhalb der Entscheidungen der Vereinten Nationen liegen.

Wir sind nicht nur hierher gekommen, um zum Nachdenken aufzurufen, wir möchten mit unserem Auf-

ruf dazu beitragen, dass Frieden nicht nur als moralischer Imperativ verstanden wird. Wir wollen die Absurdität jeglicher militärischer Handlung aufzeigen und verhindern, dass der Krieg als Motor für die Wirtschaft und zur Stärkung neuer Hegemonien dient.

Wir fordern eine pluralistische und demokratische Weltordnung und die Respektierung der Würde aller Völker und Kulturen. Deshalb verurteilen wir jeden Versuch, die Freiheiten eines Volkes einzuschränken oder zu konditionieren.

### ¡Fijáte!

**Herausgegeben von:**  
**Verein ¡Fijáte!**  
**2502 Biel**  
**PC: 30-516068-6**  
**Redaktion und Abos:**  
**¡Fijáte!**  
**c/o Barbara Müller**  
**Ankerstrasse 16**  
**8004 Zürich**  
**Tel. 01/ 241 44 43**  
**E-Mail:**  
**barbara-m@bluewin.ch**  
**Jahresabo: 100.- Fr.**  
**Auslandabo: 120.- Fr.**  
**Förderabo: ab 200.- Fr.**

**Erscheinungsweise vierzehntägig.**

**Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.**

Wir bitten die Generalversammlung der Vereinten Nationen, der Quälererei ein Ende zu bereiten und einen politischen und juristischen Rahmen zu schaffen, um den Konflikt gewaltfrei zu beenden. Wir sind überzeugt davon, dass es Alternativen zum Krieg gibt und dass es möglich ist, den von der ganzen Menschheit ersehnten Frieden zu erreichen.

Eine andere Welt ist möglich. Wir laden die Regierenden der Welt ein, der Gewalt mit Weisheit und dem Gesetz gegenüberzutreten. Wir laden die in-

ternationalen Organisationen ein, der gewaltfreien Natur ihrer Mandate treu zu bleiben. Sie dürfen keine militärische Intervention sekundieren und keinen Moment lang ihre Verantwortung gegenüber den dadurch provozierten humanitären Krisen aufgeben. Wir laden die Kirchen ein, die unendliche Güte ihrer Götter über die Leben und die Harmonie zwischen allen Lebewesen auszubreiten. Wir laden die LehrerInnen ein, den Respekt, die Solidarität und ein kritisches Denken zu fördern. Wir laden die Massenme-

dien dazu ein, keine Panik zu verbreiten und objektiv zu informieren. Die Jugendlichen, die Männer und die Frauen aller Völker laden wir ein, sich für den Aufbau einer sicheren und friedlichen Welt einzusetzen, für eine gerechte Welt, für eine würdevolle Welt - kurz, für eine Welt für alle.

Maidread Corrigan Maguire (Friedensnobelpreisträgerin 1976), Adolfo Pérez Esquivel, (Friedensnobelpreisträger 1980), Rigoberta Menchú Tum, (Friedensnobelpreisträgerin 1992)

## Sicherheit über alles

**Guatemala, 22. Okt.** Als Folge der Attentate vom 11. September in New York und Washington, schuf Präsident Portillo eine neue *Nationale Sicherheitskommission*. Als Leiter dieser Kommission wurde der Ex-General Miguel Angel Calderón vereidigt. Die Ernennung Calderóns löste eine Polemik über das Abhängigkeitsverhältnis Guatemalas von den Vereinigten Staaten aus: Menschenrechtsorganisationen kritisierten, dass der US-Regierung die Namen von drei möglichen Kandidaten unterbreitet wurde und Calderón quasi auf Empfehlung der USA eingesetzt wurde. Die guatemalteckische Regierung wiederum begründete dieses Auswahlverfahren mit der Wichtigkeit einer guten Zusammenarbeit dieser Kommission mit der Polizei und den Geheimdiensten der USA.

Die *Nationale Sicherheitskommission* ist direkt Präsident Portillo unterstellt. Die Aufgabe Calderóns ist die Koordinierung aller antiterroristischer Aktionen und Strategien, in Absprache mit den entsprechenden VertreterInnen der anderen zentralamerikanischen Ländern und der USA.

Calderón hat eine klassische Militärkarriere hinter sich: 1966 trat er ins militärische Politechnikum ein, gleichzeitig mit dem heutigen Verteidigungsminister Eduardo Arévalo Lacs. 1969 und 1987 absolvierte er Ausbildungen an der *Escuela de las Américas*. 1999, während der Regierungszeit von Alvaro Arzú gehörte er dem Generalstab der Armee an. Als ein Jahr später Alfonso Portillo an die Macht kam, gehörte Calderón zu den zwanzig suspendierten Generälen, womit seine Karriere ein vorläufiges Ende hatte. Was Präsident Portillo dazu bewegen hat, ihn wieder aus der Versenkung herauszuholen und an die Spitze der *Nationalen Sicherheitskom-*

*mission* zu stellen, ist eine bisher unbeantwortete Frage.

Helen Mack von der Myrna-Mack-Stiftung kritisierte die Schaffung der Sicherheitskommission: Noch gebe es keine Kriterien darüber, wer die in Guatemala zu verfolgenden Terroristen seien. Dies bedeute, dass irgendwelche Oppositionelle unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung verfolgt werden können, erklärte Mack. Tatsächlich gibt es bis anhin in Guatemala noch kein Antiterrorgesetz, ein solches ist aber in Arbeit und soll in Kürze dem Präsidenten vorgelegt werden.

Für Frank La Rue vom Menschenrechtszentrum CALDH ist die Ernennung eines Ex-Militärs als Chef der *Nationalen Sicherheitskommission* ein Indiz für die schleichende Remilitarisierung des Landes.

Für die URNG ist die Schaffung der Kommission eine klare Verletzung der Friedensabkommen. "Die Frage der Sicherheit ist sehr heikel in einer Gesellschaft, die einen jahrelangen Krieg hinter sich hat und darf nicht von nationalen oder internationalen konjunkturellen Kapriolen beeinflusst werden", hiess es in einer Presseerklärung der URNG.

An einem Forum gaben Regierungsminister Byron Barrientos und Verteidigungsminister Eduardo Arévalo Lacs die Strategien zur Terrorismusbekämpfung bekannt: Nebst der Ausbildung von Spezialtruppen sollen die Kontrollen an den Grenzen und Flughäfen verschärft werden. Ausserdem sollen 'striktere Kontrollen von ausländischen Individuen und Vereinigungen' durchgeführt werden.

Eine weitere Strategie ist offenbar die Panikmache: Die US-amerikanische Botschaft warnt vor einem Besuch in Antigua Guatemala. Man habe Hinweise, dass dort Anschläge

auf US-amerikanische BürgerInnen geplant seien.

Als einen Schritt in Richtung Machtkonzentration und Remilitarisierung ist auch die von der FRG vorgeschlagene Revision des Rahmengesetzes für die Kriminalpolizei zu verstehen. Mit dem neuen Gesetz sollen die KriminalbeamtenInnen der *Zivilen Nationalpolizei* (PNC) Kompetenzen erhalten, die bis dahin der Staatsanwaltschaft vorbehalten waren. Dazu gehören die Leitung einer Untersuchung, das Aufbewahren von Beweismitteln, das Veranlassen von Hausdurchsuchungen, etc. Laut FRG sollen damit die Kriminaluntersuchungen und die Prozessführungen verbessert und beschleunigt werden.

Dem Protest gegen das neue Rahmengesetz haben sich nebst den Menschenrechtsorganisationen auch die RichterInnen der Staatsanwaltschaft angeschlossen. AnalytikerInnen befürchten eine Zunahme des Machtmissbrauchs seitens der Polizei, illegale Verhaftungen und Menschenrechtsverletzungen wie den vermehrten Gebrauch von Folter als Verhörmittel.

Der Generalstaatsanwalt, Adolfo González Rodas, bezeichnete das neue Gesetz als das Ende der Unabhängigkeit des Justizwesens. Die Reform käme einzig der Regierungspartei zu Gute, um die Prozesse zu beeinflussen, in die Angehörige der FRG involviert sind.

Überraschenderweise verschwand das Thema von der Traktandenliste der Legislative, als es Anfang Oktober darum ging, das Gesetz definitiv zu verabschieden. Laut FRG-Fraktionspräsident Aristides Crespo, wolle man zuerst den Dialog suchen mit denjenigen Gruppierungen, die sich gegen das Gesetz ausgesprochen haben.

## Fall Myrna Mack: Prozess gegen drei Militärs verschoben

**Guatemala, 22. Okt.** Am 10. Oktober hätte die Verhandlung gegen die drei der intellektuellen Verantwortung am Mord der Anthropologin Myrna Mack beschuldigten Militärs beginnen sollen. Wie erwartet, reichten die Anwälte der Angeklagten Rekurse ein, um den Beginn der Verhandlung weiter zu verzögern, was ihnen auch gelang. Ihre Begründung war, dass die Berichte der Wahrheitskommissionen REMHI und CEH nicht als Beweismaterial beigezogen werden dürfe. Ebenso verstosse es gegen das Gesetz, nochmals die selben ZeugInnen herbeizuziehen, die bereits gegen den zu 25 Jahren Gefängnis unbedingt verurteilten Täter, Jesús Betata Alvarez, ausgesagt hätten.

An einer Pressekonferenz beschuldigten die Anwälte der drei Militärs die Klägerin und Schwester der Ermordeten, Helen Mack, die Mitglieder des Gerichts unter Druck zu setzen. Ausserdem zweifelten sie die Neutralität der zuständigen Richterin, Yassmin Barrios, an und bezeichneten sie als 'Antimilitaristin'.

Helen Mack ihrerseits äusserte sich besorgt über die aktuelle Entwicklung des Falles und über die laufende Verleumdungskampagne gegen

sie. Sie befürchtet, dass sie Opfer eines Anschlags werden könnte, da die Angeklagten kürzlich öffentlich sagten, dass "es an der Zeit sei, sich zu verteidigen". Mack forderte die Behörden auf, ihr und allen in den Fall verwickelten Personen Sicherheit zu garantieren. Sie lasse sich jedoch durch diese Einschüchterungsversuche nicht von ihrem Ziel abbringen, und dieses sei die endgültige Aufklärung des Falles, auch wenn dies noch weitere zwanzig Jahre dauern würde. Hätte sie tatsächlich den ihr unterstellten Einfluss auf das Gericht, wären die Angeklagten längst verurteilt, meinte Helen Mack.

Auch die Mission der Vereinten Nationen MINUGUA ist über den Verlauf des Prozesses enttäuscht. In einer Presseerklärung bezeichnete sie die eingereichten Rekurse als eine eindeutige Verzögerungstaktik. Weiter wies MINUGUA den guatemaltekischen Staat auf seine Verantwortung bei der Aufklärung von Menschenrechtsverletzungen hin, speziell, wenn es sich bei den Angeschuldigten um Mitglieder oder Ex-Mitglieder staatlicher Institutionen handelt.

Mitte letzten Jahres wurde der Fall Myrna Mack vom Interamerika-

nischen Menschenrechtshof (CIDH) anerkannt. Falls das Gericht in Guatemala nun zu Gunsten der drei Militärs entscheiden würde, ginge der Prozess auf internationaler Ebene weiter. Zwar nicht mehr gegen die drei, sondern gegen den guatemaltekischen Staat, denn beim CIDH sind Anklagen gegen Einzelpersonen nicht möglich.

Während die Strafflosigkeit im Fall von Myrna Mack ihren Lauf nimmt, werden weiterhin MenschenrechtsaktivistInnen eingeschüchert: Seit etwa einem Monat wird die Historikerin Matilde Leonor González Izas bedroht. González arbeitet ebenso wie damals Myrna Mack bei der *Vereinigung für den Fortschritt der Sozialwissenschaften* (AVANCSO). Im Moment arbeitet sie an einer Studie über die Kontrolle, die das Militär dank der Zivilpatrouillen und der Militärkommissäre über die Bevölkerung im Quiché hatte.

Während eines Auslandsaufenthaltes wurde ihr Haus überwacht und schliesslich darin eingebrochen. Dabei wurde ein Laptop entwendet, auf dem sie die Daten ihrer Untersuchung hatte. Seit González aus dem Ausland zurück ist, wird sie beschattet und verfolgt.

## Landesweiter BäuerInnen-Protest

**Guatemala, 19. Okt.** Die guatemaltekischen BäuerInnen haben den 12. Oktober zu ihrem Protesttag gemacht. Bereits vor einem Jahr fanden an diesem Tag landesweite Demonstrationen unter Beteiligung von rund 30'000 Personen statt. Auch dieses Jahr riefen die *Nationale Koordination der Campesino-Organisationen* (CNOG) und die *Nationale Indígena- und Campesino-Koordination* (CONIC) zu Aktionen auf. Der 12. Oktober, *Tag der Hispanität* oder *Tag der Rasse*, wurde von den BäuerInnenorganisationen zum *Tag des Widerstandes und dem Ruf der Ausgeschlossenen* umbenannt.

Neben regionalen Aktionen wie Demonstrationen oder Strassenbesetzungen fanden sich auch dieses Jahr wieder Tausende von BäuerInnen aus allen Teilen des Landes zu einer Sternemonstration in der Hauptstadt ein. Beendet wurde die Demonstration vor dem Regierungspalast, wo gegen die Nichteinhaltung der vor einem Jahr getroffenen Vereinbarungen protestiert wurde.

Land, Arbeit und eine Landreform, waren auch dieses Jahr die Hauptforde-

rungen der BäuerInnen. Ein Treffen mit der Regierung verlief laut Daniel Pascual von der CNOG unfruchtbar. Präsident Portillo versprach zwar, die Initiative für die Schaffung eines Katastergesetzes zu unterschreiben und dem Kongress zur Annahme vorzulegen, dem Landfonds 20 Mio. Quetzales für den Kauf von Land gutzuschreiben und eine Kommission einzusetzen, die mit den BäuerInnen weiterverhandeln würde. Nichts neues, meinte Pascual und kündete weitere Protestaktionen an, falls die Abmachungen mit der Regierung auch diesmal im Sand verlaufen sollten.

In verschiedenen Landesteilen wurde parallel zu den Demonstrationen konkrete Massnahmen ergriffen: An der Südküste zwischen Retalhuleu und Champerico wurden drei Fincas besetzt. Die BesetzerInnen sind Familien aus den Departementen Quezaltenango und San Marcos. Sie fordern genaue Abklärungen über die Besitzverhältnisse der drei Fincas. Nach Verhandlungen mit den Besitzern, der Staatsanwaltschaft und dem Landfonds, räumten die BesetzerInnen nach gut einer Woche die Fincas. Rund

400 Personen liessen sich jedoch am Rand der Strasse nach Champerico nieder, mit der Begründung, sie hätten keinen Ort, wo sie hingehen könnten.

Auch in Izabal wurden zwei Fincas besetzt. Die Finca Alanquín II in Morales gehört dem guatemaltekischen Bananenunternehmen BANDEGUA und wird von Angestellten besetzt, die bessere Arbeitsbedingungen fordern.

Die zweite besetzte Finca, Neuva Punta Palma in Puerto Barrios, gehört dem Staat und ist auf das Verteidigungsministerium eingetragen. Es ist geplant, auf diesem Land ein Freizeitpark für Militärangehörige zu bauen.

Am 17. Oktober protestierten vor dem Kongress Mitglieder der *Nationalen Koordination der SiedlerInnen* (CONAG). Mit einem Hungerstreik forderten Mitglieder der *Organisation der ElendsviertelbewohnerInnen* (FREPOGUA) vor einem Jahr die Implementierung eines neuen Wohnbaugesetzes. Auch ihre Forderungen blieben bis heute unbeantwortet. Allein in der Hauptstadt leben rund 1'600'000 Familien in Slums und *Barrancos*.

## Demobilisierte fordern Geld

**Guatemala, 15. Okt.** Der *Nationale Rat der intern Vertriebenen* (CONDEG) forderte von der Regierung die Auszahlung der zweiten Tranche von insgesamt 1.25 Mio. US-\$ des Programms für intern Vertriebene und demobilisierte KämpferInnen der URNG.

Nach zähen Verhandlungen und einer Demonstration Ende März versprach die Regierung, das Wohnbauprogramm der CONDEG mit 1.25 Mio. US-\$ zu unterstützen. Dadurch sollten 5748 Familien in 103 Gemeinden begünstigt werden.

Im Juni wurde die Hälfte dieses Betrags ausbezahlt. Seither sind die

Arbeiten jedoch eingestellt, es fehlen die Mittel, um die Konstruktion weiterzuführen. Vor einigen Tagen wurde bekannt, dass die Regierung ihren Beitrag um 275'000 US-\$ kürzen will.

Was die produktive Integration der Demobilisierten und intern Vertriebenen betrifft, ist die Situation nicht viel besser. Die vom Landwirtschaftsministerium dafür vorgesehenen 3.375 Mio. US-\$ wurden bisher nicht ausbezahlt. Auf der Demobilisiertenfinca *El Progreso* in Suchitepéquez führte dies zu einer ernsthaften Krise. Die Demobilisierten sitzen auf einer Bankschuld, die sie aus den Einnahmen ihrer Produktion (Ananas, Zitro-

nen und Aufforstung) unmöglich zurückzahlen können.

CONDEG fordert von der Regierung die sofortige Auszahlung des ausstehenden Geldes. Ebenso soll die Regierung dem Landfond Geld zur Verfügung stellen, damit dieser seiner Verantwortung nachkommen und die Regularisierung und Legalisierung des Landes vornehmen kann, damit die intern Vertriebenen sich endlich eine Zukunft aufbauen können.

Die Exekutive wird aufgefordert, im Haushaltsbudget 2002 einen angemessenen Betrag für die Integration der intern Vertriebenen und der Demobilisierten festzulegen.

## Kommunal-Radiogesetz in Gefahr

**Guatemala, 25. Okt.** Am 4. Oktober reichte der *Guatemalteki-schen Rat für kommunale Kommunikation* (CGCC) dem Kongress erneut einen Gesetzesvorschlag für ein Radiogesetz ein. Der Erarbeitung dieses Gesetzesvorschlages gingen Monate der Diskussion innerhalb der 150 im CGCC zusammengeschlossenen nichtkommerziellen Lokalradios voraus, überarbeitet wurde der Vorschlag von der *Weltweiten Vereinigung der Kommunalradios* (AMARC) und der *Vereinigung der Lokalradios von Andalusien*. Der Gesetzesvorschlag basiert auf dem Friedensabkommen über die Rechte und Identität der indigenen Bevölkerung und regelt den Zugang der kommunalen Radios zu Fre-

quenzen.

Im April dieses Jahres erliess der damalige Minister für Kommunikation, Luis Rabbé, ein Dekret, das einer ominösen, weil gänzlich unbekanntem 'Kulturkommission' die Verwaltung einer einzigen Frequenz übergab. Lokalradios hätten bei der 'Kulturkommission' die regionale Nutzung dieser Frequenz beantragen müssen. (siehe ¡Fijáte! Nr. 234). Mit dem erzwungenen Rücktritt Rabbé's im Juni 2001 wurde das Dekret ausser Kraft gesetzt und der CGCC rechnete sich wieder eine Chance aus.

Nun haben religiöse Gruppierungen, die sehr stark sind mit ihren lokalen Radios und auch über die Mittel verfügen, sich Frequenzen zu kaufen,

den von der CGCC erarbeiteten Gesetzestext nach ihren Interessen umgeschrieben und im Namen der CGCC einigen Kongressabgeordneten zu kommen lassen. Carlos Andrade, Vertreter der CGCC, vermutet, dass diese Sektoren vom *Amt für Kommunikation* (SIT) manipuliert wurden und ihnen im Gegenzug ein paar Frequenzen überschrieben wurden. Das SIT ist mit dem Vorschlag der CGCC nicht einverstanden. Nachdem der von dieser eingereichte Gesetzesvorschlag von verschiedenen Kongressabgeordneten mit Wohlwollen aufgenommen wurde, bekam es die SIT wohl mit der Angst zu tun, das Gesetz könnte durchkommen, erklärt sich Andrade die Situation.

## Reyes López Stuhl wackelt

**Guatemala, 25. Okt.** Das Gerücht, dass Vizepräsident Francisco Reyes López in die Verleumdungskampagne gegen Jorge Briz, involviert ist, verhärtet sich: In der staatlichen Druckerei *Tipografía Nacional* wurden Anfang August Flugblätter gedruckt, auf denen Briz beschuldigt wurde, seine Funktion als Präsident der guatemalteki-schen Handelskammer für seine politische Profilierung zu missbrauchen. Als einzige trauete sich die ehemalige Direktorin der *Tipografía*, Silvia Méndez, den Namen des Auftraggebers zu nennen: Vizepräsident Reyes López. Méndez musste umgehend das Land verlassen, weil sie Todesdrohungen erhielt.

Am 16. Oktober musste aus dem selben Grund die Kongressabgeordnete der *Unionistas*, Magda Estela Arceo,

ins Exil gehen. Arceo begleitete und bestärkte Méndez bei ihren Anklagen gegen den Vizepräsidenten. Nun legten ihr selbst ihre Parteikollegen nahe, den Fall ruhen zu lassen, wozu sie nicht bereit ist. Zusammen mit der Kongressabgeordneten der UNE, Arabella de Leon, reichte Arceo vor ihrer Abreise in die USA bei der Staatsanwaltschaft eine Klage gegen Reyes López ein, wegen Bedrohung ihrer Person. Ebenfalls droht sie damit, bei den Vereinten Nationen eine Klage gegen MINUGUA einzureichen. Diese verfüge über Dokumente, die Reyes López Schuld beweisen, und händige diese nicht an die Staatsanwaltschaft aus. MINUGUA wehrt sich gegen diese Anschuldigung.

Mit Spannung wird in Guatemala der Entscheid bezüglich Reyes López

erwartet. Die Staatsanwaltschaft reichte dem Kongress einen Antrag ein, dem Vizepräsidenten die Immunität zu entziehen, damit er vor Gericht gebracht werden kann. Dazu kommt es wohl nicht, besetzt doch die FRG nach wie vor die Mehrheit der Kongresssitze. Und die Abgeordneten der FRG werden sich hüten, gegen einen der ihren zu stimmen, laufen doch gegen einige von ihnen ähnliche Prozesse. Von den insgesamt 113 Kongressabgeordneten wurden seit Beginn der Regierungszeit Portillo bei 41 ein Antrag auf die Aufhebung der Immunität gestellt, bei den meisten im Zusammenhang mit der Fällung des Alkoholgesetzes.

Präsident Portillo hat bisher keine Stellung bezogen in zu den Anschuldigungen gegen seinen Kollegen.

## Polemik um MINUGUA-Bericht über Rassismus

**Guatemala, 1. Okt.** "In Guatemala gibt es noch viele Hindernisse zu überwinden um die Gleichstellung der indigenen Bevölkerung zu erreichen. Solche Hindernissen werden sowohl vom Staat aufgebaut, wie auch durch die Nicht-Kooperation der politisch aktiven Sektoren." Diese Worte sprach Gerd Merrem, Chef der MINUGUA, bei der Präsentation des neusten MINUGUA-Berichts mit dem Titel *Indígenas in Guatemala - die Überwindung der Diskriminierung im Rahmen der Friedensabkommen*. Der Bericht kommt zum Schluss, dass das Abkommen über die Identität und Rechte der indigenen Bevölkerung (AIDPI) dasjenige ist, dessen Umsetzung am meisten im Rückstand ist.

Weiter heisst es in der Studie, dass die Indígenas traditionellerweise diskriminiert und ausgebeutet wurden, auf Grund ihrer Herkunft, ihrer Kultur und Sprache und dass sie auch heute wirtschaftlich und sozial ausgeschlossen sind.

Das alles wurde schon oft wiederholt, von den Indígenas selber, von MINUGUA und anderen internationalen Organisationen, aber auch von der guatemaltekischen Regierung. Die Polemik löste Merrem aus, als er in seiner Rede sagte: "Wenn wir davon ausgehen, dass in Südafrika eine offizielle Apartheid

herrschte, müssen wir sagen, dass in Guatemala eine faktische Apartheid besteht".

Die auf diesen Kommentar folgenden Kolumnen, Editorials und LeserInnenbriefe in den guatemaltekischen Zeitungen drehten sich in erster Linie um die Frage, ob die Begriffe "Apartheid" und "Rassismus" angebracht seien, um die Diskriminierung der indigenen Bevölkerung in Guatemala zu beschreiben. Historische Abhandlungen wurden herbeigezogen, um zu beweisen, dass in Guatemala eine Apartheid besteht, bzw. nicht besteht. Lionel Sisniega Otero machte Gerd Merrem in der Tageszeitung *Siglo XXI* gar seine deutsche Herkunft zum Vorwurf. Im Vergleich zu Deutschland sei Guatemala ein Land, in dem es keine Brandstiftungen auf Maya-Unterkünfte gebe, in Guatemala gebe es keine Skinheads, die eine dunkle Vergangenheit wieder heraufbeschwören wollten und in Guatemala habe es keine Konzentrationslager gegeben, behauptete Sisniega Otero.

Wenn ein Thema solche Wellen schlägt, muss zweifellos etwas dran sein. Leider ging in der Kontroverse um den Diskurs von Merrem der Inhalt des MINUGUA -Berichts völlig unter. Damit wenigstens die ¡Fijáte!-LeserInnen etwas davon erfahren, hier einige Daten

über den sozialen, politischen und juristischen Ausschluss der indigenen Bevölkerung: 55% der Indígenas haben einen Wasseranschluss in oder bei ihrem Haus, von den Nicht-Indígenas besitzen 70% einen Wasseranschluss. Was die Stromversorgung betrifft, ist das Verhältnis ähnlich. Von den 24 MinisterInnen und VizeministerInnen sind drei Indígenas, obwohl die Mayas 60% der Bevölkerung ausmachen. An den insgesamt 511 Gerichten im ganzen Land hat es nur 69 RichterInnen, die nebst Spanisch eine Maya-Sprache sprechen, dazu kommen 60 ÜbersetzerInnen. 14% der PolizeibeamtInnen sind Indígenas, während es im Militär 95% sind.

Zum Schluss noch ein Zitat von Gerd Merrem, anlässlich der Präsentation des MINUGUA-Berichts über die Diskriminierung der indigenen Bevölkerung: "Die Kinder wachsen mit dem Rassismus auf und übernehmen ihn von der sie umgebenden Gesellschaft. Stereotypen werden durch die Medien wissentlich und unachtsam zementiert. Es ist dringend notwendig, diesen Stereotypen etwas entgegenzusetzen und die negativen Bilder durch positive zu ersetzen. Wir müssen unsere Kinder und MitbürgerInnen lehren, keine Angst vor der Verschiedenheit zu haben, sondern diese als wertvoll schätzen zu lernen."

## Sans-papiers in Guatemala

**Guatemala, 26. Okt.** Der nationale *Runde Tisch für Migration* (MENAMIG) äussert sich besorgt über die Behandlung von papierlosen MigrantInnen, die an den guatemaltekischen Grenzen aufgegriffen werden und darauf warten, in ihre Ursprungsländer zurückgebracht zu werden. Die Leute werden bis zu ihrer Ausschaffung während Wochen in Herbergen in der Hauptstadt festgehalten. Diese Herbergen werden von der Migrationsbehörde verwaltet und sind oft in einem miserablen Zustand.

MENAMIG weist darauf hin, dass es der Regierung per Gesetz zwar erlaubt ist, die Papierlosen in Herbergen unterzubringen, bis die administrativen Formalitäten erledigt sind, doch müsste in diesen 'Ausschaffungszentren' ein menschenwürdiger Aufenthalt garantiert werden. Dazu gehören: Ernährung und medizinische Versorgung, aber auch technische Dinge wie Reinigung der Herbergen, genügend Licht und Frischluft, sowie die Ermöglichung der Kontaktaufnahme mit Familienangehörigen. MENAMIG verlangt, dass, wenn Gua-

temala die finanziellen Mittel für den Unterhalt der Herbergen und die Betreuung der Auzuschaffenden nicht aufbringt, dieser von den Herkunftsländern der MigrantInnen übernommen wird.

Laut guatemaltekischen Gesetzen ist der Aufenthalt im Land ohne gültige

Papiere ein 'Vergehen'. Papierlose Leute können gebüsst und des Landes verwiesen werden. MENAMIG kritisiert, dass die Papierlosen kriminalisiert werden und von den Migrationsbehörden und der Polizei oft wie SchwerverbrecherInnen behandelt werden.

## Hurrikan Iris in Guatemala

**Guatemala, 10. Okt.** Der Hurrikan Iris, der vor allem in Belize grosse Schäden anrichtete, forderte auch in Guatemala einige Opfer. Am stärksten betroffen waren Dörfer in der Grenzregion zu Belize, sowie die Gemeinden San Luís, Poptún und Sayaxché, im Petén. In San Luis wurden etwa 60% der Wohnhäuser zerstört. Insgesamt rechnet man damit, dass rund 10'000 Personen von den Folgen des Wirbelsturmes betroffen sind. Eine Frau starb, etwa zwanzig Personen wurden verletzt.

Verschiedentlich gab es auch

Schäden an der Infrastruktur: Gemeinden blieben während Tagen ohne Strom und Wasser, wichtige Verbindungsstrassen zwischen dem Petén und Alta Verapaz wurden durch fallende Bäume oder durch Unterspülung unpassierbar. Überschwemmungen gefährden auch die Landwirtschaft, viele BäuerInnen werden durch den Hurrikan Iris einmal mehr ihre Ernte verlieren.

Die Behörden der betroffenen Dörfer beklagten sich darüber, dass die Regierung ihnen keine oder viel zu spät Hilfe zukommen liess.